



Bundesverwaltungsgericht

Das Bundesverwaltungsgericht mit Sitz in Leipzig sucht zum 1. Oktober 2026

eine Leiterin / einen Leiter der Technischen Verwaltung (m/w/d).

Die Technische Verwaltung im Bundesverwaltungsgericht verantwortet die Sicherstellung einer modernen, effizienten und sicheren IT-Infrastruktur, den sicheren IT-Betrieb von Fachverfahren und elektronischen Aktensystemen sowie die Modernisierungs-, Bau- und Energiesparmaßnahmen für das Haus- und Liegenschaftsmanagement. Mit der Koordination eines gerichtsübergreifenden Entwicklungsbundes für Justizfachsoftware sowie der Steuerung einer Infrastruktur für die elektronische Akteneinsicht für die Bundesgerichte werden durch die Technische Verwaltung besondere Aufgabenbereiche übernommen, um bei der Verwirklichung von E-Justice- und E-Government-Projekten aktiv zu unterstützen.

Der hier ausgeschriebene Arbeitsplatz vermittelt vielfältige Einblicke in die Arbeit der Bundesgerichte und bietet umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige IT-Infrastrukturen im Bereich des elektronischen Rechtsverkehrs.

Aufgabenschwerpunkte sind:

- Fachaufsicht über die Referate Haus- und Liegenschaftsverwaltung, Informationstechnik und Fachverfahren
- Konzeptionelle Betreuung der IT-Infrastruktur und der strategischen Ausgestaltung der IT-Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts sowie die fachliche Leitung des IT-Betriebs einschl. Finanzplanung und Etatverwaltung für die Technische Verwaltung
- Management der informationstechnischen Unterstützung bei der Verwirklichung von E-Justice- und E-Government-Projekte (z.B. Akteneinsichtsserver-Bund, IT-Betriebskonsolidierung Bundesgerichte, neue IT-Verfahren)
- Vertretung des Bundesverwaltungsgerichts in IT-Koordinationsgremien des Bundes
- Vorsitz des Entwicklungsverbundes und Anwenderkreises des Fachsystems GO&A
- Notfallbeauftragte/r für das Bundesverwaltungsgericht

Wir erwarten:

- einen einschlägigen wissenschaftlichen Hochschulabschluss (Master oder vergleichbarer Abschluss) oder die Befähigung für den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst
- mehrjährige Berufserfahrungen in der öffentlichen Verwaltung und vorzugsweise mehrjährige Führungserfahrung im IT-Umfeld
- hohes Maß an Weitsicht, unter Berücksichtigung der komplexen IT-Infrastruktur sowie der rechtlichen und formalen Vorgaben für die Bundesverwaltung
- ausgeprägte Fähigkeit zu konzeptionellen, strategischen und eigenverantwortlichem Arbeiten
- hohes Maß an Dienstleistungsorientierung und wirtschaftlichem Denken unter Berücksichtigung fachlicher Notwendigkeiten bei gleichzeitiger Beachtung der haushaltsrechtlichen und personellen Ressourcen
- Fähigkeit zur Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierungs- und Modernisierungsstrategien
- Fähigkeit zur strukturierten Analyse und adressatengerechten Aufbereitung komplexer Sachverhalte in Wort und Schrift
- ausgeprägtes Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Entscheidungsstärke und Verantwortungsbereitschaft
- Durchsetzungsvermögen bei gleichzeitiger Fähigkeit zur konsensorientierten Lösungsfindung

Wir bieten einen vielseitigen, krisensicheren und interessanten Arbeitsplatz bei einem obersten Gerichtshof des Bundes. Für eine ausgewogene Work-Life-Balance bieten wir 30 Tage Urlaub, Überstundenausgleich, 24. und 31. Dezember arbeitsfrei, flexible Arbeitszeitgestaltung, die Möglichkeit von Teilzeitbeschäftigung, Betriebliche Gesundheitsförderung, Jobticket und die Möglichkeit von Telearbeit und mobilem Arbeiten.

Die Einstellung als Tarifbeschäftigte bzw. Tarifbeschäftigter erfolgt unbefristet unter Eingruppierung in die Entgeltgruppe 14 TVöD.

Die spätere Übernahme in ein Beamtenverhältnis des höheren Dienstes ist möglich, sofern die Voraussetzungen des Bundesbeamtengesetzes erfüllt sind und haushaltsrechtliche oder personalwirtschaftliche Gründe nicht entgegenstehen.

Zeiten einer vorherigen beruflichen Tätigkeit können nach den tarifvertraglichen Regelungen für die Stufenzuordnung berücksichtigt werden, wenn diese Tätigkeit für die vorgesehene Tätigkeit förderlich ist. Zudem kann bei Vorliegen spezieller Qualifikationen oder einschlägiger Berufserfahrung die Möglichkeit der Gewährung von zusätzlichen variablen Gehaltsbestandteilen bestehen.

Die Ausschreibung richtet sich auch an Beamtinnen bzw. Beamte des höheren Dienstes der Besoldungsgruppen A 13h bis A 14. Hier ist zunächst eine Abordnung für die Dauer von sechs Monaten mit dem Ziel der Versetzung vorgesehen.

Zusätzlich wird derzeit eine oberstgerichtliche Zulage in Höhe von monatlich 275 € (für BesGr. A 13h) bzw. 330 € (für BesGr. A 14 bzw. Entgeltgruppe 14) gezahlt.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen werden Trennungsgeld und Reisebeihilfen, ggf. Umzugskostenvergütung sowie Sonderurlaub für Familienheimfahrten gewährt.

Auch Bewerbungen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit werden entsprechend den personellen und organisatorischen Möglichkeiten berücksichtigt. Das Bundesverwaltungsgericht unterstützt Beschäftigte mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen dabei, Berufstätigkeit und Familie besser vereinbaren zu können.

Das Bundesverwaltungsgericht gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen nach dem Bundesgleichstellungsgesetz. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt; von ihnen wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Die Ausschreibung richtet sich an Bewerberinnen bzw. Bewerber aller Nationalitäten. Sofern Sie einen ausländischen Studienabschluss erlangt haben, fügen Sie Ihren Bewerbungsunterlagen bitte einen Nachweis über die Anerkennung des Abschlusses durch die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen der Kultusministerkonferenz (ZAB) bei. Weitere Informationen können der Internetseite www.kmk.org entnommen werden.

Sollte Ihr Interesse geweckt sein, übersenden Sie bitte Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen (Zeugnisse, Beurteilungen, Referenzen, Beschäftigungs- und Fortbildungsnachweise) bis zum **16. Juli 2026** an:

Der
Präsident des Bundesverwaltungsgerichts
Referat Personal, **BVerwG 02/2026**
Simsonplatz 1
04107 Leipzig

Eine Übersendung der Bewerbungsunterlagen per E-Mail an **post@bverwg.bund.de** ist möglich.

Für Fragen im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung wenden Sie sich bitte an Frau Spengler (0341 2007 1520). Für Fragen zu dem Arbeitsplatz steht Ihnen Frau Prekel (0341 2007 1500) als Ansprechperson zur Verfügung.

Wird die Rücksendung der Bewerbungsunterlagen gewünscht, ist der Bewerbung ein ausreichend frankierter und adressierter Rückumschlag beizufügen.